

Aus Bund und Ländern

Versorgungswerke: Kein Handlungsbedarf

FRANKFURT. Forderungen, im Zuge der Renten-Strukturreform eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme anzustreben, lehnte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen (ABV), Dr. med. Klaus Dehler, Nürnberg, vor der ABV-Mitgliederversammlung ab. Für die ausschließlich aus Mitteln ihrer Mitglieder ohne jeden Staatszuschuß finanzierten Versorgungswerke bestehe weder ein Handlungs- noch ein Harmonisierungsbedarf. Beruhigend sei, so Dr. Dehler, daß die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sich für die *Erhaltung* der Versorgungswerke im Zuge der Renten-Strukturreform festgelegt haben.

Den Bestrebungen der SPD, den angestellten Ärzten die Möglichkeit der Be-

freiung von der Angestelltenversicherungspflicht zugunsten ihrer ärztlichen Versorgungswerke zu nehmen, sehe man gelassen entgegen, da das Befreiungsrecht unter dem Schutz der Verfassung stehe. Würden in Zukunft Kapitalerträge, z. B. im Rahmen eines Lebensversicherungsvertrages, der Quellensteuer unterworfen, sei für ihn die gegenwärtige Höhe der Ertragsanteilbesteuerung zumindest teilweise nicht mehr gerechtfertigt. Dies schon deshalb, weil die gegenwärtige Ertragsanteilbesteuerung auf die Besteuerung der Zinserträge aus dem Rentenstammrecht abhebe.

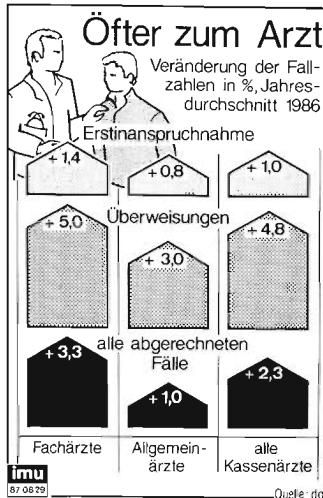
Dr. Dehler wandte sich auch gegen Forderungen nach Einführung einer Grundrente oder Grundversicherung oder auch einer bedarfsorientierten Mindestsicherung. Solche Lösungen bedeuteten die Aufgabe des Prinzips der Solidarität des Generationenvertrages und beeinträchtigten das Versicherungsprinzip. MJ

AIDS-Leitfaden für Pflegepersonal

FRANKFURT. Einen speziell für das Krankenpflegepersonal im Krankenhaus, in Sozialstationen und in der häuslichen Krankenpflege konzipierten praktischen Leitfaden „AIDS von A bis Z“ hat jetzt die Deutsche Zentrale für Volksgesundheitspflege e. V. (Münchener Straße 48, 6000 Frankfurt 1; Verfasserin: Dipl.-Psychologin Hannelore Kelley, Frankfurt) herausgegeben, der wegen der großen Nachfrage bereits kurz nach Erscheinen neu aufgelegt wurde. Der Leitfaden ist in der Reihe der Arbeitshefte des „Lehrangswerks für Berufe im Gesundheitswesen“ der Deutschen Zentrale (Heft 27) herausgegeben und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sowie der Bun-

deszentrale für gesundheitliche Aufklärung gedruckt worden. Er ist an Organisationen und Verbände, aber auch interessierte Laien kostenfrei versandt worden.

Die Schrift wurde durch eine weitere von der Deutschen Zentrale für Volksgesundheitspflege geförderte und herausgegebene Monographie „AIDS im Strafvollzug. Soziale Hilfen für HIV-Positive“ ergänzt. Der Verfasser, Willi Claaben, Absolvent der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit in Darmstadt, hat in der ebenfalls in der Reihe „Lehrangswerk für Berufe im Gesundheitswesen“ (Band 28) erschienenen Broschüre empirische Erkenntnisse über Informations- und Aufklärungskampagnen im Strafvollzug hessischer Justizvollzugsanstalten zusammengetragen und sie mit einer Reihe von praktischen Erkenntnissen und Empfehlungen versehen. HC



Die Zahl aller abgerechneten Krankenbehandlungen nahm 1986 um 2,3 Prozent zu. Erstmals seit 1980 stieg damit wieder die Primäranspruchnahme der Ärzte. WIdO/ZI

Bundeszuschuß für Mitversicherte verlangt

BONN. Die gesetzliche Krankenversicherung sollte nach Ansicht des Vorsitzenden des Sozialbeirats der Bundesregierung, Prof. Dr. Winfried Schmähl, Berlin, ähnlich wie die Rentenversicherung einen Bundeszuschuß erhalten. Es sei gerechtfertigt, die beitragsfreie Mitversicherung der Familienangehörigen in der gesetzlichen Krankenversicherung durch „Mittel aus den öffentlichen Haushalten“ zu einer „allgemeinen Staatsaufgabe“ zu erklären. EB

Gemeindegetragene Prävention

LANGEN. Gesundheitsberatung und Gesundheitsförderung nicht nur an den einzelnen Bürger, sondern an seine gesamte Wohngemeinde herantragen will die Initiative „Langen lebt gesund“, die seit Anfang 1987 in der 31 000 Einwohner zählenden südhessischen Kleinstadt Langen tätig ist. Fünf Langer, darunter zwei Ärzte,

suchten sich mit Erfolg interessierte Mitbürger, um als Einstieg in ein auf Jahre konzipiertes Programm eine umfangreiche Aktionswoche zu organisieren. Daß dabei die Kooperation und Koordination der zahlreichen Aktivitäten im Bereich der Prävention durch Ärzte, andere Berufsgruppen, Institutionen, Schulen und Verwaltung verbessert werde, sei nur ein Ziel ihrer Arbeit, betonte die Initiative.

Hintergrund sei vielmehr der Wunsch, den Bürgern den Spaß am gemeinsamen gesunden Leben zu vermitteln und ihnen die Eigenverantwortlichkeit für ihre Gesundheit zu verdeutlichen. Deshalb müsse das Programm auch vom Engagement der Bürger und Vereine getragen werden, während Ärzte und andere Berufsgruppen des Gesundheitswesens nur unterstützende Funktion hätten. Kostenneutralität und ständige Evaluation aller Aktivitäten seien dafür unabdingbar.

Der Langener Ansatz von gemeindegetragener Prävention soll jetzt mit Hilfe des Instituts für Allgemeinmedizin im Klinikum der Universität Frankfurt auch auf Nachbargemeinden übertragen werden. SW

700 Betten abgebaut

BERLIN. Von April 1986 bis August 1987 sind in den Berliner Krankenhäusern 700 Akut-Betten geschlossen worden; das sind fast 30 Prozent der nach dem Krankenhausplan 1986 bis zum Jahr 1992 abzubauenen Betten. Gesundheitssenator Ulf Fink (CDU) erklärte, die von manchen vorausgesagten Engpässe seien nicht eingetreten. Die Bettenauslastung lag im ersten Halbjahr 1987 um 0,6 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Obwohl 0,4 Prozent mehr Patienten aufgenommen wurden, ging die Zahl der geleisteten Pflégetage um 3,1 Prozent zurück. EB